
Marion Schardt-Sauer

BÜROKRATIE FRISST ZEIT FÜR SOZIALE ARBEIT

08.09.2026

V.links nach rechts: Birgit Kauter (Vorstand Arbeiterwohlfahrt Kreis Limburg Weilburg), Panja Schweder (Verein für Integration und Suchthilfe e.V.), Claudia Klee (Paritätischer Wohlfahrtsverband), Carsten Höhler (Diakonie Limburg-Dillenburg), Marion Schardt-Sauer (FDP), Max Prümm und Frank Mach (Caritasverband für den Bezirk Limburg), Markus Liebendörfer und Frank Strotmann (Lebenshilfe Limburg-Diez).

MARION SCHARDT-SAUER IM GESPRÄCH MIT DER LIGA

Limburg - Die Auswirkungen aktueller Reformen und gesetzlicher Vorgaben auf die soziale Arbeit vor Ort standen im Mittelpunkt eines Gesprächs der Landtagsabgeordneten Marion Schardt-Sauer (FDP) mit Vertretern der Liga im Landkreis Limburg-Weilburg. Die Liga ist ein Zusammenschluss der freien Wohlfahrtsverbände, darunter Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Deutsches Rotes Kreuz, Diakonie, Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Hessen und Paritätischer Wohlfahrtsverband.

Deutlich wurde dabei: Die Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene kommen unmittelbar bei Familien, Menschen mit Behinderung, jungen Menschen, Schulen, Kommunen und den sozialen Trägern an. Gleichzeitig sehen sich die Träger mit steigenden Kosten, zusätzlichen Anforderungen und einem erheblichen bürokratischen Aufwand konfrontiert. Für Marion Schardt-Sauer wird direkt klar: Das kann so nicht weitergehen.

Besonders kritisch wurden die Entwicklungen bei der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes, die zunehmende Zahl von Widerspruchsverfahren sowie der wachsende Verwaltungsaufwand bei der Bedarfsermittlung gesehen. Auch bei der Ganztagsbetreuung und der Migrationsberatung bestehen aus Sicht der Träger noch offene Fragen. In der Pflege werde das GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz ohne Nachbesserungen insbesondere tarifgebundene Träger schnell in existenzbedrohende Situationen bringen.

„Soziale Infrastruktur ist keine abstrakte Größe. Sie entscheidet ganz konkret darüber, ob

Teilhabe, Betreuung, Entlastung und Integration vor Ort funktionieren“, betont Schardt-Sauer. „Deshalb müssen diejenigen, die täglich mit den Folgen politischer Entscheidungen arbeiten, stärker gehört werden.“

Die Liga fordert insbesondere einen Austausch auf Augenhöhe, mehr Anerkennung für die Sozialwirtschaft und kreative, praxistaugliche Lösungen. Schardt-Sauer will die angesprochenen Themen in die politische Diskussion auf Landes- und Kreisebene einbringen und die zentralen Aspekte in der parlamentarischen Arbeit aufgreifen.

„Wir brauchen weniger Doppelstrukturen und Bürokratie und mehr Zeit für die eigentliche soziale Arbeit. Dafür werde ich die Hinweise aus der Praxis in die parlamentarische Arbeit mitnehmen“, so Schardt-Sauer abschließend.